

suche zwei linke Abgeordnete abzuwerben, damit es reicht für Rot-Grün. Auch im Hauptquartier der Linken hält man es für möglich, dass sich am Ende Kandidaten für den Fraktionswechsel finden – sozusagen als selbstlose sozialistische Bruderhilfe, um eine Regierungsbeteiligung von FDP oder CDU zu verhindern. Doch allzu realistisch ist auch diese Variante nicht.

Noch demonstriert Hannelore Kraft nach außen demonstrative Gelassenheit, noch scheint sie Zeit zu haben, doch nach Pfingsten wird der politische Druck enorm steigen. „In spätestens zwei Monaten“, sagt ein Genosse, „muss eine Regierung stehen. Sonst kippt die Stimmung.“

Und genau darauf setzt Amtsinhaber Rüttgers. Denn so paradox es auch klingen mag nach dem Absturz der CDU um über zehn Prozent – der Ministerpräsident hat die Zeit, die Hannelore Kraft fehlt.

Spät in der Wahlnacht, als feststand, dass Rüttgers 6200 Stimmen mehr hatte als Hannelore Kraft, keimte bei den Christdemokraten plötzlich wieder Hoffnung auf. Sie riefen sich ins Gedächtnis, dass auch Roland Koch 2008 in Hessen über zehn Prozent verloren hatte, schlussendlich aber mit 3500 Stimmen vor seiner SPD-Herausforderin Andrea Ypsilanti lag – monatelang saß er die Sache aus und blieb nach Neuwahlen Ministerpräsident. Am Rande einer CDU-Präsidiumssitzung gab er Rüttgers in der vergangenen Woche den Rat: Nerven behalten, langen Atem haben.

Und so hat sich der Regierungschef erst einmal wieder gefangen. Munter ging er Ende letzter Woche seine Termine durch. Hauptredner bei der 18. Weltwasserstoffkonferenz in Essen, am selben Tag abends Gast bei einem Benefizkonzert mit Udo Lindenberg in Essen, der Hamburger Barde hat Geburtstag.

Im September müsste ein amtierender Ministerpräsident Rüttgers in seinem Kabinett den Haushalt 2011 beschließen lassen – der später, im Landtag, wohl an den Stimmen der Opposition scheitern würde. Nach Artikel 35 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung könnte sich der Landtag dann auflösen – wenn die Mehrheit seiner Mitglieder zustimmt. Danach muss innerhalb von 60 Tagen neu gewählt werden.

Während die CDU in Ruhe abwartet, wie sich die Dinge weiter entwickeln, steht die SPD schon am 9. Juni vor der Nagelprobe, wenn sich der neue Landtag konstituiert. Die CDU beansprucht als stärkste Partei den Präsidentenposten für sich. Die SPD auch. Sie könnte sich durchsetzen – mit Hilfe der Linken.

GEORG BÖNISCH, ANDREA BRANDT, MARKUS DEGGERICH, CHRISTOPH HICKMANN, BARBARA SCHMID



LINKSRADIKALE

Feuer und Flamme

Seit den Protesten von Heiligendamm ist die Zahl der Anschläge stark angestiegen: Innenminister de Maizière hat den Kampf gegen links zum Schwerpunkt erklärt. Doch wer sind die Staatsfeinde?

Er ist ein Berliner Autonomer, ein Linksradikaler, ein Mann im Kampf gegen das System. Eigentlich hat er kein Problem damit, wenn es brennt in diesem Kampf, aber nun sind in Griechenland drei Menschen gestorben, Mitarbeiter einer Bank, in die jemand einen Brandsatz geworfen hat.

„So was hab ich mir nie vorstellen können“, sagt er. Er ist in ein Café gekommen, am Kottbusser Tor in Kreuzberg, um über linke Militanz in Deutschland zu reden, ein Mittzwanziger mit Basecap, auf dem T-Shirt das Logo der Zapatisten,

der linken Guerilla aus Mexiko. Kein Name. Er hat die Demo am 1. Mai mitorganisiert, er ist in einer Antifa-Gruppe, das muss reichen zu seiner Person.

Nun redet er über Griechenland, der revolutionäre Widerstand schien dort in eine vielversprechende Phase eingetreten zu sein, Gewerkschaften und Autonome auf der Straße vereint. Es lief so gut, sagt er. Und jetzt das.

Gewalt müsse konstruktiv eingesetzt werden, sagt er, und auch: „verantwortungsvoll“, nicht gegen Menschen. Gerade heute, wo die Sache auch in Deutschland wieder in Gang gekommen sei. „Es gibt einen Anstieg bei nächtlichen Aktionen, die Straßemilitanz nimmt zu.“

Das hat auch die Gegenseite beobachtet, die Bundesregierung. Sie sorgt sich um die Renaissance linker Gewalt in

Deutschland. An diesem Dienstag wird Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Kriminalstatistik für 2009 vorstellen, und er wird dabei vor allem über die Linksextremisten reden.

Um 53 Prozent schoss die Zahl linker

Rote Randalie

Gewaltbereite Linksextremisten in Deutschland



Linksmotivierte Gewalttaten 2009

1822

Anstieg gegenüber 2008

+53,4%

Quelle: BMI



Mai-Ausschreitungen in Berlin-Kreuzberg
„Wo gehobelt wird, da fallen Späne“

hatten, mit mehr extremistischer Gewalt rechnen müssen“, sagt der Hamburger Verfassungsschützer Manfred Murck, der von einem „zeitverzögerten Phänomen“ spricht. Dazu mische sich politische Gewalt mit Randalen, bei der die Motive schwer durchschaubar seien.

„Alles unterliegt dem ökonomischen Gesetz“, das sei das Grundproblem des Systems, sagt der Autonome in dem Kreuzberger Café, er könnte es in jede Talkshow schaffen mit diesem Satz. Kapitalismuskritik ist eins der großen Themen, die „mobilisierungsrelevant“ seien. Die Bildungsproteste gehören auch dazu und der Kampf gegen die Gentrifizierung, die Aufwertung von Stadtvierteln, wobei Aufwertung heißt: schönere Häuser, höhere Mieten, Bewohner mit mehr Geld.

Er selbst sei in den Neunzigern im Bezirk Prenzlauer Berg aufgewachsen, ein Hinterhofkind, er habe gesehen, wie ein Haus nach dem anderen frisch gestrichen und komplett neu vermietet worden sei. Jetzt wohne er in Kreuzberg. Auch hier ist es längst wieder so weit, Gentrifizierung an allen Ecken. „Aber hier wehren sich Leute.“ Gegen das Carloft zum Beispiel, ein Neubauprojekt, Eigentumswohnungen, bei denen das Auto per Aufzug bis auf die Etage gehievt wird, ab 450 000 Euro pro Apartment. Das Werfen von Farbbeuteln auf die Fassade sei ein Beispiel für den gezielten Einsatz von Gewalt: hohe Symbolkraft, Sympathie im Viertel, Menschen seien nicht in Gefahr.

Ähnlich sei es bei nächtlichen Anschlügen auf Jobcenter, auf Bundeswehrautos, „was in Deutschland brennt, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten“, er zitiere nur das Motto einer Kampagne. Wer hinter den Aktionen steckt? Das weiß er angeblich selbst nicht.

Von den 1822 Gewalttaten des vergangenen Jahres hat die Polizei nur einen Bruchteil aufgeklärt. In kaum einem gesellschaftlichen Bereich ist der Einblick in ein Milieu so schlecht. Kurz nach seinem Amtsantritt im vergangenen Oktober bat Innenminister de Maizière um ein Lagebild, doch das, was BKA und Bundesamt für Verfassungsschutz zurückmeldeten, kam einem Offenbarungseid gleich. Von den angeblich identifizierten 6600 militanten Aktivisten kennen die Verfassungsschützer namentlich nur 1055 Personen. Der Rest: ein Dunkelfeld.

Das BKA klagte, es gebe „kaum wissenschaftliche Untersuchungen“ über die Herkunft militanter Autonomen, ihre Motive und die Strukturen. Der Verfassungsschutz berichtete, man habe seit 2006 die Zahl der Sachbearbeiter, die sich mit den Linken beschäftigen, von 130 auf 71 nahezu halbiert, der Rest konzentriere sich jetzt auf Islamisten. Die Ermittler

Anschläge im vergangenen Jahr nach oben, der höchste Anstieg seit vielen Jahren. Insgesamt 1822 linke Gewalttaten zählte die Polizei in ganz Deutschland, deutlich mehr als von rechts. Darunter fallen mehrere hundert Brandanschläge auf Autos in Berlin ebenso wie der spektakuläre Überfall von Vermummten auf eine Polizeiwache in Hamburg im Dezember oder der Anschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in Dresden im April 2009, bei dem Ausrüstung im Wert von drei Millionen Euro in Flammen aufging. Eine Eskalation, wie es sie seit langem nicht mehr gegeben hat.

Seit Monaten arbeiten die Sicherheitsbehörden auf de Maizières Anweisung deshalb an einem neuen Konzept, mit dem der Staat auf das Phänomen reagieren will. Ende der kommenden Woche befassen sich die Innenminister von Bund und Ländern auf ihrer Frühjahrstagung mit dem Thema, im April gab es in Köln eine Sondertagung aller Verfassungsschutzbehörden. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) hat Programme gegen Linksradike angekündigt, ähnlich denen, die es seit Jahren gegen Rechts-extremisten gibt.

Dabei hatte es lange so ausgesehen, als dümple die linksradikale Szene vor sich hin. In Berlin oder Hamburg gab es zwar noch Autonome, aber ihre Aktionen bemerkte kaum noch jemand. Nach der Wiedervereinigung schien der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus entschieden. Die Autonomen der achtziger und neunziger Jahre, Kinder der Hausbesetzer- und Anti-Atomkraft-Bewegung, verloren die Orientierung, die RAF löste sich 1998 auf. Dann kam der 11. September 2001, der Westen kämpfte

nun gegen den Terror der Islamisten, der alles überstrahlte. Welche anderen Kämpfe zählten da noch?

Doch seit der Proteste gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007, bei denen mehr als 30 000 Demonstranten die Staatschefs über Tage hinter einen unüberwindbaren Zaun an der Ostseeküste zwangen, wächst die Bewegung wieder. Das Potential militanter Aktivisten sei in den Jahren von 2005 bis 2009 von 5500 auf 6600 Personen gestiegen, heißt es in einer vertraulichen Analyse des Bundeskriminalamts (BKA). Jeder vierte Szeneaktivist lebe in Berlin oder Hamburg, die übrigen im Rhein-Main-Gebiet, der Region Dresden/Leipzig und den Uni-Städten Göttingen und Freiburg.

Seit Heiligendamm hätten sie wieder mächtig Zulauf, da ist der Autonome aus Berlin-Kreuzberg mit dem Staat einer Meinung. Kurz vor dem Gipfeltreffen hatte der Staat selbst für eine große Mobilisierung gesorgt, mit einer Razzia, die zu einer Solidaritätsdemo mit der Grünen Claudia Roth an der Spitze führte; die Verfahren wurden später in aller Stille eingestellt. Dann entzweite die Agenda 2010 die Gesellschaft, es kam die Finanz- und Wirtschaftskrise, und seitdem gibt es allenthalben Kapitalismuskritiker in Deutschland, von Linkspartei bis CDU. Als radikal gilt jetzt, wer das bisherige System noch verteidigt, und die Autonomen heizen diesen Konflikt mit Feuer und Flamme an. Die linke Szene spreche Themen an, „die auch Teile der friedliebenden Bevölkerung bewegen“, heißt es in einer Analyse des Innenministeriums. „Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme hätte man schon vor fünf Jahren, als wir fünf Millionen Arbeitslose

zählen die Aktionen auf, sie klären sie nicht auf.

Zwölf Brandanschläge gegen Fahrzeuge der Bundeswehr gab es 2009, zwanzigmal traf es Wagen der Deutschen Post oder ihres Tochterunternehmens DHL. „Deutsche Heeres Logistik“, so wird die Firma genannt, weil sie für die Bundeswehr arbeitet. Die Kampagne sei „im Oktober 2008 als Idee in der Berliner Szene“ entwickelt worden, heißt es in einem Bericht des BKA. „Aktionsorientierte Szeneangehörige“ vermute man als Täter. Autoanzünden sei einfach, Antimilitarismus eine Grundhaltung der Linken – so weit ist das BKA schon bei seinen Analysen.

Hundert Anschläge hat das BKA ausgewertet, Bekennerschriften und Szeneblättchen analysiert. Es gebe viele Nachahmungstäter, radikale Splittergruppen, so ein Ermittler. Vor kurzem wurden in Brandenburg zwei Mitglieder der FDJ vorläufig festgenommen, einer Organisation, die bisher nur durch radikale Ostalgie aufgefallen war. Die FDJ-Leute waren mit Funkgeräten ausgestattet und hatten offenbar vor, Baufahrzeuge anzuzünden. Die Baufahrzeuge standen vor einer alten Gedenkstätte für den Kommunisten Ernst Thälmann, die abgerissen werden soll. Dass zu potentiellen Brandstiftern auch verklärte DDR-Sympathisanten gehören, hat die Ermittler überrascht.

Die Orte, an denen gewaltsame Aktionen geplant werden, meint die Polizei immerhin zu kennen: ehemals besetzte Häuser in Berlin und Hamburg, von den Linken selbst „Hausprojekte“ genannt. Die Spuren führen immer wieder zu einzelnen Hausbewohnern. Jene Bewohner, die für die Presse zu sprechen sind, reden dann von Repression, mit militanten Aktionen habe man nichts zu tun.

Johannes wohnt in einem solchen Haus, ein paar Tage vor dem 1. Mai erschien die Polizei, „Bullenrazzia“. Das Haus steht in der Kastanienallee in Prenzlauer Berg, in den neunziger Jahren kam Johannes aus dem Westen Deutschlands in den Osten Berlins. Nicht nur für Kapitalisten, auch für Antikapitalisten wie ihn war es eine gute Zeit. Inzwischen haben die früheren Besetzer Mietverträge. Sie leben etwas bürgerlicher, aber die Einstellung ist geblieben. „Kapitalismus tötet“ steht an der Fassade.

Johannes ist nicht sein wahrer Name. Er sitzt im Hinterhof in der Sonne, auch er redet über Griechenland. Er hat gerade Bilder aus Athen gesehen. „Wie heißt das Sprichwort?“, fragt er, antwortet selbst: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne.“

Militanz, nun ja, Johannes lehnt sich zurück. „Ach, die Gewaltfrage“, sagt er. „Der Krieg ist für diejenigen gerecht, denen er aufgezwungen wird, und die Waffen sind heilig, auf denen die letzte Hoffnung ruht. Titus Livius.“ Das war ein Geschichtsschreiber aus dem alten Rom.

Einen großen Bogen kann er schlagen von den Zapatisten über das Widerstandsrecht gegen Diktatoren, von „Ulrike“, gemeint ist Meinhof, zu den brennenden Autos von Berlin. Je mehr Nobelautos in der Innenstadt brennen, desto mehr Investoren würden verschreckt. Das Konzept gehe auf. Es gebe Häuser, für die sich kein Investor mehr finde.



Bundeswehrfahrzeuge in Dresden: Generation Grillanzünder



Mai-Randale in Hamburg: Unerwartete Eskalation

Das Problem der Polizei ist, dass seit Heiligendamm eine neue Generation am Werk ist, die weniger Wert auf Theorie und mehr Wert auf Praxis legt. Früher war die Welt der Autonomen überschaubar. In Berlin und Hamburg gab es einen harten Kern von Aktivisten, Brandanschläge wurden penibel vorbereitet und durch Erklärungen begleitet. Wenn es brannte, gerieten die üblichen Verdächtigen ins Visier, „das war alles wenig überraschend“, sagt ein Fahnder.

Heute sind es jüngere Leute, die die Polizei nicht kennt, sie bauen keine Brandsätze aus leeren Plastikflaschen und

Joghurtbechern nach Anleitungen aus radikalen Broschüren („Modell Nobelkarosentod“) wie die Generation vor ihnen. Die Generation Grillanzünder braucht nur ein Feuerzeug und Nerven, schon brennt Nacht für Nacht ein Auto.

Der Kampf ist ein Mix aus traditionellem Randaleritual, linker Propaganda und einer Art moderner Kriegführung. In Antifa-Camps werden junge Sympathisanten in Kampfsporttechniken trainiert, Anwälte beraten die Aktivisten, Investoren in alternativen Stadtteilen werden im Handelsregister abgecheckt, potentielle Käufer per Hausbesuch abgeschreckt.

Dieter Rucht ist Soziologe am Wissenschaftszentrum Berlin, er forscht seit Jahren zu politischem Protest und sozialen Bewegungen. Er sagt, dass die zunehmende Militanz der Linken auch ein Zeichen ihrer Schwäche sein könnte – und nicht der Stärke, wie es die Autonomen zum Teil selbst behaupten und die Behörden befürchten. In der Forschung beobachte man das öfter: „Wenn Bewegungen Anhänger verlieren, radikalisiert sich der harte Kern.“ Seit den neunziger Jahren hätten die Autonomen in Deutschland deutlich an Zulauf verloren.

Andererseits gebe es Anzeichen, sagt Rucht, dass sich die Lage gerade dreht. „Die Finanz- und Wirtschaftskrise schafft einen Resonanzboden für die Themen der radikalen Linken.“ Die fühlen sich legitimiert, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Innenminister de Maizière hat seine Beamten ein „Konzept zur Bekämpfung linker Gewalttaten“ verfassen lassen, es soll helfen, das Milieu zu durchleuchten. Die Verfassungsschützer wollen sogenannte Leitfiguren identifizieren und „Nahbeobachter“ im Milieu platzieren, die von Szenetreffpunkten berichten. In großem Stil sollen Informanten angeworben, Verdächtige observiert, Telefone abgehört werden. Eine der umstrittensten Ideen ist der Einsatz von „virtuellen Agenten“ im Internet. Dahinter steckt hier die Idee, Beamte in das Milieu einzuschleusen, die „durch den Aufbau von Blogs bestimmte Personengruppen ansprechen und zur Teilnahme an Diskussionen anregen sowie Kontakte knüpfen“.

Als ersten Schritt wollen die Behörden ihre Listen mit den Namen der Aktivisten überarbeiten und die Lücken füllen. Wenn man wüsste, mit wem man es zu tun hat, wäre das ja schon ein Erfolg.

STEFAN BERG, WIEBKE HOLLERSEN, HOLGER STARK, ANDREAS ULRICH